

Nr.	Sachverhaltselement	Kläger-Vortrag	Beklagten-Vortrag	Beweismittel-Kläger	Beweismittel-Beklagter
1	Antragstellung Betreuungsplatz	Klägerin beantragte im Juli 2018 über das Online-Portal "Little Bird" einen Betreuungsplatz für ihren Sohn Ben für September 2019.	Klägerin meldete am 03.07.2018 den Bedarf für ihren Sohn Ben über die Onlineplattform „Little Bird“ beim Markt Wendelstein im Landkreis des Beklagten an.	Anlage K1 (Schreiben des Beklagten vom 06.03.2019)	Anlage B2 (Übersicht der Vormerkungen Stand: 24.06.2019)
2	Anzahl der Anmeldungen	-	Ausweislich der Vormerkungsübersicht erfolgten seitens der Klägerin acht Anmeldungen für verschiedene Betreuungsstätten.	-	Anlage B2 (Übersicht der Vormerkungen Stand: 24.06.2019)
3	Deaktivierung der Anmeldung "Evang. Kindergarten"	-	Die Klägerin hat die Anmeldung für die Betreuungsstätte „Evang. Kindergarten" im Nachhinein mangels Interesses deaktiviert. Grund: "Keine Rückmeldung seitens der Kindertageseinrichtung / Tagespflegeperson erhalten".	-	Anlage B2 (Übersicht der Vormerkungen Stand: 24.06.2019), Anlage B3 (Verlaufshistorie)
4	Nachfrage bei Kinderbetreuungsstätte	-	Eine seitens der Klägerin erfolgte Nachfrage bei dieser Kinderbetreuungsstätte fand nicht statt.	-	-

5	Kontaktaufnahme mit zuständiger Stelle (Februar 2019)	Klägerin wandte sich am 26.02.2019 an den zuständigen Sachbearbeiter der Wohnortgemeinde. E-Mail blieb unbeantwortet.	Es wird bestritten, dass die E-Mail der Klägerin vom 26.02.2019 seitens der Gemeinde unbeantwortet blieb. Ausweislich des Schreibens vom 06.03.2019 befasste sich der Markt gleichwohl...	Anlage K1 (Schreiben des Beklagten vom 06.03.2019)	Anlage B4 (E-Mail der Klägerin vom 26.02.2019)
6	Mitteilung des Bürgermeisters	Klägerin erhielt Mitteilung vom Bürgermeister, dass Mitte Mai 2019 eine Rückmeldung erfolgen solle. Diese erfolgte nicht.	...mit dem Anliegen der Klägerin und teilte ihr mit, dass der Vergabeprozess erst Mitte Mai endgültig abgeschlossen werden kann.	Parteivernehmung der Klägerin, hilfsweise Anhörung	-
7	Zweite Kontaktaufnahme (Mai 2019)	Klägerin wies mit E-Mail vom 26.05.2019 erneut auf die Dringlichkeit des Nachweises eines Betreuungsplatzes hin. Keine Rückmeldung erfolgte.	Mit E-Mail vom 26.05.2019 fragte die Klägerin beim Markt nach dem aktuellen Stand ihrer Anmeldungen.	Parteivernehmung der Klägerin, hilfsweise Anhörung	Anlage B5 (E-Mail vom 26.05.2019)
8	Angaben zur Berufstätigkeit der Eltern	Klägerin gab an, dass beide Elternteile berufstätig seien und keine alternative Familien-/ Fremdbetreuung zur Verfügung stünde.	Es wird bestritten, dass beide Elternteile in Vollzeit berufstätig sind. Es wird zudem bestritten, dass keine alternative Familien-/ Fremdbetreuung zur Verfügung stand.	Anlage B5 (E-Mail vom 26.05.2019)	-

9	Frist zur Zusage für Arbeitszeit	Klägerin wies darauf hin, dass sie ihrem Arbeitgeber bis zum 05.06.2019 eine verbindliche Zusage für die Arbeitszeit nach der Elternzeit geben müsse.	Zudem wies die Klägerin wahrheitswidrig darauf hin, dass sie ihrem Arbeitgeber bis zum 05.06.2019 eine verbindliche Zusage für die Arbeitszeit nach der Elternzeit geben müsse. Entgegen der Behauptung der Klägerin verlangte ihr Arbeitgeber keine verbindliche Zusage bis zum 05.06.2019.	Anlage B5 (E-Mail vom 26.05.2019)	Anlage B6 (Schreiben des Arbeitgebers vom 27.05.2019)
10	Angebot eines Betreuungsplatzes	Am 05.06.2019 wurde dem Sohn der Klägerin ein Betreuungsplatz angeboten; allerdings erst mit Betreuungsbeginn zum 01.12.2019.	Am 05.06.2019 erhielt die Klägerin einen Betreuungsplatz zum 01.12.2019.	Parteivernehmung der Klägerin, hilfsweise Anhörung	-
11	Kontaktaufnahme mit dem Beklagten	Klägerin beauftragte am 04.06.2019 ihren Bevollmächtigten mit der gerichtlichen Geltendmachung des Rechtsanspruchs.	Eine Kontaktaufnahme mit dem Beklagten als zuständigen Träger erfolgte nicht.	-	-
12	Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	Bevollmächtigter der Klägerin wandte sich mit Schreiben vom 21.06.2019 an den Beklagten und machte den streitgegenständlichen Schadensersatz geltend.	Der Beklagte hat ab Kenntnis des Sachverhalts alle im zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft, um mit der Klägerin im Wege einer einvernehmlichen Lösung eine Betreuung des Sohnes zum 01.09.2019 sicherzustellen.	Anlage K3 (Schreiben des Unterzeichners vom 21. Juni 2019)	Anlage B9 (Schreiben vom 21.06.2019 samt Eingangsstempel)

13	Ablehnung des Schadensersatzanspruchs	-	Mit Schreiben vom 12.07.2019 lehnte der Beklagte den geltend gemachten Schadensersatzanspruch ab.	-	Anlage B15 (Schreiben vom 12.07.2019)
14	Angebot zur Lösungsfindung	-	Der Beklagte hat sich mit Schreiben vom 17.07.2019 direkt an die Klägerin gewandt, um ein persönliches Gespräch zur Lösungsfindung anzubieten und um der Klägerin für die Übergangszeit Betreuungsalternativen aufzuzeigen.	-	Anlage B17 (Schreiben vom 17.07.2019)
15	Ablehnung des Angebots	-	Dieses hat die Klägerin mit E-Mail vom 04.08.2019 abgelehnt.	-	Anlage B18 (E-Mail vom 04.08.2019)
16	Klägerin verschließt sich Lösungen	-	Sämtlichen einvernehmlichen Lösungsansätzen hat sich die Klägerin verschlossen, insbesondere auf das Angebot einer Tagesmutter für die Überbrückungszeit zwischen 01.09.2019 und 01.12.2019 verzichtet.	-	-
17	Beantragung gerichtlichen Eilrechtsschutzes	Klägerin nahm von der gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs Abstand, da dieser aller Voraussicht nach nicht rechtzeitig Abhilfe gebracht hätte.	Die Klägerin hätte - wozu sie aber berechtigt und verpflichtet gewesen wäre - keinen gerichtlichen Eilrechtsschutz beantragt.	-	-

18	Kenntnis über Nichtnachkommen des Betreuungsbedarfs	Klägerin hatte spätestens ab Anfang Juni 2019 gewiss, dass dem Betreuungsbedarf erst zum 01.12.2019 nachgekommen wird.	-	-	-
19	Zumutbarkeit des Eilrechtsschutzes	-	Der Klägerin wäre die Einleitung eines einstweiligen Rechtsschutzverfahrens zumutbar und zeitlich möglich gewesen.	-	-
20	Begründung der Klage auf Schadensersatz	Klägerin begehrt Schadensersatz wegen des nicht rechtzeitig erbrachten Nachweises eines Betreuungsplatzes.	Der Klägerin steht der geltend gemachte Schadensersatzanspruch aus Amtspflichtverletzung nach Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB nicht zu.	Klage	Klageerwiderung
21	Höhe des geltend gemachten Schadensersatzes	Klägerin begehrt Schadensersatz in Höhe von 15.230,21 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit einem bestimmten Datum.	Es wird bestritten, dass die Klägerin eine Schadenshöhe geltend macht, welche ihr gesetzlich nicht zusteht und nicht der tatsächlichen Vermögenslage ohne Amtspflichtverletzung entspricht.	Anlage K2 (Verdienstbescheinigungen)	-

22	Zeitraum des geltend gemachten Verdienstauffalls	Klägerin begehrt für den Zeitraum vom 01.09.2019 bis zum 31.12.2019 den geltend gemachten Verdienstauffall.	Es wird bestritten, dass die Klägerin zum 01.09.2019 wieder ihre Arbeit aufgenommen hätte, da die Elternzeit bis zum 27.09.2019 gegangen wäre. Mithin wäre ihr frühester Eintrittstermin der 28.09.2019 gewesen. Es wird zudem bestritten, dass die Elternzeit bis zum 31.12.2019 gegangen wäre bzw. aktuell noch geht. Ausweislich des Geburtstages des Kindes ergibt sich rechnerisch ein Ende zum 27.12.2019.	Anlage K2 (Verdienstbescheinigungen)	-
23	Berechnung des Verdienstauffalls	Brutto-Monatsgehalt beträgt 3.075,91 Euro. Für November 2019 entgehen ihr insgesamt 6.002,48 Euro.	-	Anlage K2 (Verdienstbescheinigungen)	-
24	Ersatz außergerichtlicher Rechtsverfolgungskosten	Klägerin hat Anspruch auf Ersatz außergerichtlicher Rechtsverfolgungskosten in Höhe von 958,19 Euro.	Ein Ersatz der außergerichtlichen Rechtsverfolgungskosten steht der Klägerin aus den zuvor genannten Ausführungen nicht zu.	Anlage K5 (Vorschussrechnung)	-

25	Amtspflichtverletzung	Beklagter hat Amtspflicht zur Bereitstellung eines Kitaplatzes rechtswidrig schuldhaft nicht erfüllt.	Der Beklagte hat seine Pflicht zum Nachweis eines Kitaplatzes verletzt, indem er trotz rechtzeitig gestellten Antrags diesen Platz zum genannten Zeitpunkt nicht zur Verfügung gestellt hat. Dies geschah im Widerspruch zu dem gesetzlich formulierten Anspruch des Kindes und damit rechtswidrig.	§ 24 Abs. 2 SGB VIII	§ 24 Abs. 2 SGB VIII
26	Verschulden der Amtspflichtverletzung	Verletzung der Norm erfolgte schuldhaft, da Beklagtem bekannt war, dass er durch die Nichtbereitstellung des Kitaplatzes die Amtspflicht verletzen würde. Beweiserleichterung für Klägerin.	Es kann dahingestellt bleiben, ob die Anspruchsvoraussetzungen überhaupt vorliegen. Jedenfalls scheitert die streitgegenständliche Klage sowohl an der geltend gemachten Schadenshöhe als auch am gesetzlich normierten Ausschluss nach § 839 Abs. 3 BGB sowie am evidenten Mitverschulden der Klägerin.	-	-
27	Ausschluss nach § 839 Abs. 3 BGB	-	Der Anspruch auf Schadensersatz ist wegen § 839 Abs. 3 BGB ausgeschlossen.	-	-
28	Mitverschulden der Klägerin	-	Die Klägerin hat zudem evident gegen die ihr obliegende Schadensminderungspflicht nach § 254 BGB verstoßen.	-	-

29	Sonderzahlung	Die Klägerin erwartet die Sonderzahlung für den Monat November 2019 in voller Höhe.	Die seitens der Klägerin verlangte Sonderzahlung nach TVöD wäre nicht in der behaupteten Höhe ausgezahlt worden. Kürzung der Sonderzahlung für Elternzeit. Zudem stünde der Klägerin nur der Verdienst zu, welcher ihr nach der jeweiligen Eingruppierung im TVöD samt Erfahrungsstufe zustehen würde. Verschweigt, ob und wenn ja in welcher Höhe Lohnersatzleistungen nach dem BEEG bzw. nach dem ZBFS gezahlt werden.	-	-
30	Anrechnung von Ansprüchen	-	Schließlich hat die Klägerin etwaige ihr zustehenden Ansprüche aus dem Elterngeld nicht schadensmindernd angerechnet.	-	-